SMV Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband
ASLOCA Association Suisse des Locataires
ASI Associazione Svizzera Inquilini

Bern, den 28. Mai 2014

Medienmitteilung

Vernehmlassung Formularpflicht

Transparenz bei den Mieten herstellen und die Mietenden besser schützen

Der Bundesrat schickt eine Vorlage zur landesweiten Einführung der Formularpflicht bei Mieterwechsel (für Gebiete mit Wohnungsnot) in die Vernehmlassung. Mieterinnen und Mieter sollen neu über dem Mietzins des Vormieters und über Gründe einer allfälligen Mietzinserhöhung orientiert werden. Mieter können innert 30 Tagen einen missbräuchlichen Mietzins anfechten. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband ruft Verbände und Parteien auf, diese ausgewogene und unbürokratische Massnahme zu unterstützen. In sechs Kantonen wird sie bereits angewandt.

Zürich, Zug, Waadt, Neuenburg, Genf und Freiburg kennen die Formularpflicht bei Mieterwechsel bereits. In diesen Kantonen hat sich die Formularpflicht bereits bewährt. Aus dieser Erfahrung kann die Formularplicht im ganzen Land umgesetzt werden unabhängig der Situation um einen Wohnungsmangel. Die Miete des Vormieters wie auch der Grund und die Berechnung einer allfälligen Erhöhung werden darin offengelegt. Die Regelung nach der das Formular bereits vor Abschluss eines Mietvertrags an Mieter auszuhändigen ist, motiviert die Vermieter in allen Fällen von Beginn weg bei der Festlegung von Aufschlägen Augenmass anzuwenden. Mieterinnen und Mieter sind besser in der Lage, den Mietzins einer neuen Wohnung zu beurteilen und können sich falls notwendig einfacher an die Schlichtungsstellen wenden. Bei wertvermehrenden und energetischen Sanierungen sind Mieterinnen und Mieter dank einer einjährigen Sperrfrist besser vor einer Mietzinserhöhung geschützt.

Die Ausgaben für das Wohnen sind der grösste Posten im Haushaltsbudget (bei Einkommen von unter 5000 Franken macht er mehr als 30 Prozent der Ausgaben aus). In den letzten Jahren sind die Mieten trotz ständig sinkendem Referenzzinssatz weiter angestiegen und führen in vielen städtischen Gebieten zu grossen Problemen. Die vorgeschlagene Transparenz bei den Mieten kann im Verbund mit weiteren Massnahmen die Notlage mindern.

Für Auskünfte :
Marina Carobbio, Präsidentin, 079 214 61 78
Carlo Sommaruga, Vizepräsident, 079 221 36 05
Balthasar Glättli, Vizepräsident, 076 334 33 66

Pierre Zwahlen, stv. Generalsekretär, 079 615 44 33